

Euro im Februar 2011

Das, was uns heute zwingt, uns kritisch mit der Entwicklung, bzw. mit dem Zustand des Euro auseinanderzusetzen, ist in seiner Entstehung begründet. Deshalb hole ich weit aus. Sichtbar mache ich auch die Wandlungen meines eigenen Standpunkts bezüglich des Euro.

Im Februar 1995 schrieb ich:

Eine einheitliche europäische Währung setzt voraus, dass Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik harmonisiert sind und die jeweiligen Nationalbanken, soweit sie politisch unabhängig sind, und das müssen sie sein, aufeinander abgestimmt handeln agieren und reagieren. (Die spätere EZB war m.W. noch nicht im Gespräch) Das bedeutet, dass wesentliche Teile der Souveränität aufgegeben werden müssen, da Souveränität einerseits, und durch Verträge unwiderruflich vereinbartes konkludentes Handeln andererseits, nicht kompatibel ist. Die Aufgabe der Souveränität kann aber auf die Teilbereiche beschränkt bleiben, welche die Stabilität einer Währung berühren. Kultur, Bildung, Verkehr und vieles andere können dem Prinzip der Subsidiarität entsprechend jeweils national geregelt bleiben. Die Unmöglichkeit souveränen finanzpolitischen Handelns ergibt sich, wenn man sich vorstellt, ein Staat müsse wegen zu kritisierender Haushaltspolitik zusätzliche Kredite aufnehmen. Selbst wenn man ein unterschiedliches Rating der einzelnen Staaten tolerieren will, und auch die dem folgenden unterschiedlichen Zinssätze hinnimmt, so belastet doch dieser Zustand die Bewertung der Währung ganz erheblich. Über kurz oder lang wird die gemeinsame Währung eine Weichwährung sein. Das Gebäude Europa muss nicht nur weiter, sondern auch zu Ende gebaut werden. Die gemeinsame Währung kann nicht ein Baustein zur beliebigen Positionierung sein, sondern sie kann nur der zuletzt einzusetzende Firststein sein.

Es war meine feste Überzeugung, das zum Gelingen des Euro die Staaten in Teilbereichen auf ihre Souveränität verzichten müssten. Die Politik entwickelte sich jedoch anders, was mich zu folgendem Vergleich veranlasste:

Europa besteht aus gesunden und mehr oder weniger kranken Staaten. Bisher war die Relativität der Währungen zu jeweils einer anderen Währung Maß für die Qualität der nationalen Politik bzw. des Zustands der jeweiligen Volkswirtschaft. Es wurde quasi für jeden Staat separat Fieber gemessen, um ein Bild vom Grad seiner Erkrankung zu erhalten.

Die Einführung des Euro bedeutet die Abschaffung aller Fieberthermometer und die Einrichtung einer gemeinsamen Fiebermessung, die nicht mehr das Fieber des Einzelnen, sondern das Fieber der Gruppe misst, das Fieber des Kollektivs. Unter der gemeinsamen Decke braucht sich niemand vor Krankheit zu schützen, es würde nichts nützen, denn wer sich gerade erholt hat, wird sofort wieder angesteckt. Da bei Einheitsfiebermessung eine individuelle Therapie nicht möglich ist, eine Einheitstherapie aber abgelehnt wird, wird die Gruppe nie wieder gesund, auch kein einzelner.

Mit der Einführung des Euro, ohne Vereinheitlichung der nationalen Politik zu einer einheitlichen Politik, geht die von der Währungsrelation gelieferte Information verloren. Weiterhin geht verloren die disziplinierende Wirkung eines Debakels der eigenen Währung, was ein Hauptmotiv für die Zustimmung zum EURO sein dürfte. Obwohl die Wirtschafts- und Finanzpolitik national bleibt, wird mit dem Thermometer Euro nur die Durchschnittstemperatur gemessen. Die Krankheitsherde sind dann sehr schwer zu lokalisieren und die durch Maastricht geschaffenen Einflussmöglichkeiten der Gemeinschaft auf die nationale Politik werden nicht ausreichen, um eine der DM vergleichbare Stabilität des EURO zu sichern.

1995 im August

Frankreich hat seine Politik nicht geändert. Aus dortiger Sicht ist das Leiden des Franc auf die Bundesbank zurückzuführen.

Ein Bundesstaat kann eine gemeinsame Währung haben, ein Staatenbund niemals!!

Es gibt Nationen die den Zwang erkennen Ihre Währungen zu pflegen, aber oft mit Zorn und Wut, und das führt zum Hass auf die Bundesbank. Ihre Hoffnung ist, dass eine gemeinsame Währung dies schlagartig verändert. Verbal akzeptieren sie die (künftige) Autonomie ihrer Nationalbank, aber den Verlust der politischen Gestaltungsmöglichkeit an der Währungsfront wird nicht als segensreich, sondern als Handicap empfunden und man hofft, wenn die gemeinsame Währung erst mal etabliert ist, schon politische Mittel und Wege zu finden, um politisch beeinflussen zu können.

Ich will an einem, wenn auch hinkendem Beispiel die Auswirkungen von Politik auf die Währung schildern. Wenn sich eine beliebige Zahl von Nachbarfamilien zur gemeinsamen Haushaltsführung zusammen schließt und es besteht keine philosophische Übereinstimmung bezüglich des Umgangs mit Geld und den Proportionen seiner Verteilung auf die verschiedenen Bedürfnisse, wird es zu Bereicherungen und Benachteiligungen führen, die in Mord und Totschlag enden können. Der Wille bei dem überwiegenden Teil der EU-Mitglieder zur gemeinsamen Währung rührt von der als Diskriminierung empfundenen revolvierenden Abwertungen ihrer Währungen gegenüber der DM. Sie erkennen in ihren Währungen nicht die Folgen der eigenen Politik.

Überall dort, wo die Verantwortung für die Währung in Politikerhänden liegt, wird sie missbraucht zur Kaschierung sich im Sozialen und anderen Bereichen auswirkender fehlerhafter Politik. Die Wohltaten zulasten der Währung kommen scheinbar der Bevölkerung zugute, müssen aber dann von der Bevölkerung mit Verlust an Kaufkraft bezahlt werden, dokumentiert durch die Währungsabwertung. Diese Dokumentation fehlerhafter Politik entfällt bei gemeinsamer Währung, die Verluste sind von der Bevölkerung zu tragen. Im Abkommen von Maastricht sind keine ausreichenden Barrieren erkennbar. Damit kein falscher Eindruck entsteht, ich halte eine gemeinsame Währung für unverzichtbar. Sie ist eine Voraussetzung für die Mehrung des Wohlstands in Europa. Wenn sie aber unter den sich abzeichnenden nicht ausreichenden Voraussetzungen entsteht, degeneriert sie zur Camouflage der politischen Fehler.

1997 im April

Man Stelle sich vor in der Bundesrepublik seien vor Ca 20 Jahren die Rechte der Länder gestärkt worden. Steuergesetzgebung inkl. Setzung der Hebesätze für Einkommensteuer usw. sowie die Sozialgesetzgebung seien Ländersache, die Rechte der Wirtschaftsminister der Länder gegenüber dem Bund seien vergleichbar der Position des Bundesministers für Wirtschaft gegenüber Brüssel. Vor diesem Hintergrund soll man sich vorstellen, wie sich der Wert der DM entwickelt hätte. Es ist meine Überzeugung, die Bundesbank wäre als Klammer überfordert, die DM wäre verschwunden, die einzelnen Länder hätten ihre eigene Währung. Die jeweilige Relation der einzelnen Währung zu den anderen deutschen Währungen wäre die Quittung für die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Landesregierungen.

1997 im August

FAZ, Wirtschaft, 28.7.97, Seite 11 „Konstruktionsfehler im Maastrichtvertrag“

Der Vertrag ist nicht Folge politischer Vernunft, sondern von politischem Wollen. Unter dieser Prämisse war eine optimale Vertragskonstruktion nicht möglich. Zielvorgaben lassen sich nur vermuten. Ziel französischer Politik war die Beseitigung der Diskriminierung der französischen Währung und der damit zwangsverbundenen Diskriminierung französischer Politik durch die DM. Ziel deutscher Politik war, Europa an irgendeinem Zipfel, egal welchem, ein Stück vorwärts zu bringen. Ob andere ein Ziel hatten oder aus der Situation nur das Beste machen mussten, wurde nie transparent. Tatsache ist --- Thermometer-Theorie---

Das Niveau der Debatte um den EURO offenbart auch das Niveau der Regierungen der einzelnen Länder und lässt erkennen, inwieweit sie die Bedeutung, Sinn und Ziel des Maastrichtabkommens überhaupt verstanden haben. In allen Ländern wird es als Ziel und nicht als Etappe verstanden. Das ist ein entscheidender Fehler. (Verweis auf meine anderen Stellungnahmen: Firststein usw.) Der Eindruck entsteht, alle wollen mit der letzten Kraft ins Ziel kommen, wohl wissend, dass sie danach auf Grund der vorausgegangenen Anstrengungen erst einmal schlappmachen.

1998 im November

Die Äußerung Schröders, (nach der Regierungsübernahme) die Bundesbank müsse nicht nur für die Geldwertstabilität, sondern auch für das Wirtschaftswachstum Verantwortung tragen, und die vorausgegangenen noch schärferen Formulierungen von Lafontaine und seiner Umgebung sind weiter nichts als die Dokumentation ihrer Unfähigkeit die Komplexität volkswirtschaftlicher Zusammenhänge zu verstehen. Die Bundesbank braucht sich nicht zu entscheiden entweder für die Stabilität der Währung oder für Wirtschaftswachstum. Die Stabilität der Währung ist elementare Voraussetzung für langfristiges Wirtschaftswachstum.

Ziel der Sozialdemokraten ist es über niedrigere Zinsen die Inflationsrate wieder anzuheben, um mit der damit verbunden Schwäche der Währung die Exportchancen zu verbessern, was neue Arbeitsplätze schaffen soll. Bezahlt wird das von der Summe aller Bürger durch den Wertverfall ihrer Sparguthaben und über die zwangsläufig damit verbundenen Preissteigerungen bei fast allen Gütern und Leistungen. Das zwangsläufige Ergebnis ist möglicherweise nicht das Ziel rot-grüner Politik, aber wenn sie so weiter machen, wird es das Ergebnis sein.

1999 im Mai

Es ist zwar sozialdemokratische Politik, in Italien, Frankreich und Deutschland, die zur EURO-Schwäche führt. Aber das ist zu oberflächlich, wirkliche Ursache ist die dahinter stehende politische Philosophie, die sozialdemokratische Philosophie. Das haben die Märkte erkannt, es macht sie hoffnungslos, es werden keine positiven Signale erwartet.

Diese Kleinkarierteit, die Unfähigkeit in ordnungspolitischen Zusammenhängen denken und handeln zu können hat jeden mit ordnungspolitischen Regeln Vertrauten erkennen lassen, was sozialdemokratische Philosophie ist und zu was sie führt. Die besondere Gefahr besteht in dem Umstand, dass in Italien, Frankreich und Deutschland Sozialdemokraten an der Macht sind und durch die Umsetzung ihrer Philosophie deutlich mehr Arbeitslose schaffen.

(Meine) Prognose für Deutschland, Anstieg der Arbeitslosigkeit von 4 auf 6 Mio., unklar ist noch, ob Schröder dazu 3 oder 6 Jahre braucht, Lafontaine hätte es in kürzerer Zeit geschafft.

Eine besondere Gefahr geht von den politischen Absprachen zwischen Deutschland und Frankreich aus. Die dabei gefundenen Rezepturen steigern die Arbeitslosigkeit, anstatt sie zu verringern. Weder franz. Noch deutsche Sozialisten haben böse Absichten, die Bevölkerungen müssen erkennen, dass sie sich Regierungen gewählt haben, die auf Grund Ihrer politphilosophischen Scheuklappen, nicht in der Lage sind die Probleme zu lösen. (Oskars Rede am 1.Mai 99.)

Ein Umschwung kann sich erst aus einer Wende der politischen Denkansätze entwickeln, denn die Gründe für die hausgemachte Euroschwäche sind die Unfähigkeit in ordnungspolitischen Zusammenhängen zu denken und zu handeln, das nicht Lernen können oder wollen, dass jedes Gesetz, jede Verfügung nicht nur das jeweils Beabsichtigte bewirkt, sondern auch nicht gewollte Reaktionen auslöst, die vorher erkannt und bedacht werden müssen. Das schwerste Problem im Euroraum ist der Dissens bezüglich des absolut notwendigen ordnungspolitischen Rahmens für das eigene politische Entscheiden.

Nach der Einführung des Eurobargelds, dem Ende der DM, habe ich mich von der scheinbar positiven Entwicklung überzeugen lassen. Selbst die anfängliche Schwäche des Euro vor dem Währungstausch wurde überwunden und keine meiner Befürchtungen bewahrheitete sich. Ich wurde vom Saulus zum Paulus.

Jetzt, nachdem ich meine skeptischen Aufzeichnungen bezüglich des EURO von 1995 bis 2000 wieder gelesen habe, bin ich doch verblüfft, wie nahe der tatsächliche Verlauf bei meinen Hypothesen war und wie die Entwicklung meine damaligen Vorbehalte bestätigt hat.

Das Gelingen des Euro war an die Akzeptanz von Regeln gebunden und ist es noch immer, auch die Regeln waren da, aber erst die Krise hat mich erkennen lassen, was ich 1995 und danach nicht erkannt habe, dass die Akzeptanz der Regeln fehlt. Vielen Befürwortern des Euro ging es nur um die Vermeidung der revolvierenden Abwertungen ihrer Währungen und um günstigere Zinssätze. Bei Einigen hat das völlige Fehlen von Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Eurogemeinschaft mittlerweile zu erheblichen Verwerfungen sowohl in der Politik als auch am Markt geführt.

Jetzt, Anfang 2011, blicken wir zurück auf ca. drei Jahre mit einer Reihe von sich gegenseitig beeinflussender den Euro belastender Ereignisse. Am Anfang stand die von der Politik, insbesondere der Amerikanischen, ausgehende Finanzmarktkrise. Dazu habe ich im Aufsatz „Finanzmarktkrise“ bereits 2008 Stellung genommen. Später kam hinzu das Sichtbarwerden der griechischen Zahlungsunfähigkeit und die Auswirkungen beider Krisen auf in einigen Eurostaaten am nationalen Markt in unterschiedlichen Branchen gebildeten Blasen und die Rückwirkungen von Allem auf Alle.

Die Reparatur leidet unter der Kakophonie sehr unterschiedlich qualifizierter und zusätzlich auch noch inkompatibler Lösungsvorschläge, insbesondere auch hinsichtlich der zukünftigen Fehlervermeidung bzw. der Wiederholung gleicher Fehler. Offensichtlich fehlt die Einsicht, dass der Euro ein Gemeinschaftsspiel ist, indem nicht zielführendes Verhalten in der Gemeinschaft alle schädigt. Erschreckend ist der immer wieder in Lösungsvorschlägen aufblitzende Mangel an Kompetenz.

Das verantwortungslose Verhalten einiger Regierungen belastet nicht nur deren, sondern auch die Volkswirtschaften derer, die verantwortungsvoll handelten. Das sollte mit dem Maastrichtvertrag ausgeschlossen werden. Aber einfach nur festzuschreiben „no bail out“, ohne zu regeln wie die Volkswirtschaft und die Verbindlichkeiten eines Sünders vom gesamten Euromarkt im Ernstfall aus- und abgegrenzt werden sollen, spricht nicht für die Kompetenz der für den Vertragsinhalt Verantwortlichen.

Die im ersten Schock vorgenommenen Hilfen zuerst für Banken und später für Griechenland und mittlerweile auch für Irland werden die Steuerzahler in den solideren der Euroländer, zuvorderst Deutschland und Frankreich, erheblich belasten, da voraussichtlich fast alle Banken, aber nicht die Schuldnerländer, die Tilgung ihrer Verbindlichkeiten erwirtschaften können. Durch die gegenüber dem Kapitalmarkt abgegebenen Garantien wurden die Steuerzahler in die Haftung genommen und die Kassierer der Risikoaufschläge bei den Zinsen von ihrem Risiko befreit.

Heute bin ich nicht mehr wie 1995 der Auffassung, dass die Euroländer eine harmonisierte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik brauchen.

1. Weil die einzelnen Länder und ihre Bürger noch nicht reif sind, auf ihre Souveränität in diesen Bereichen zu verzichten und ein Heute konstruierter Kompromiss zu einem suboptimalen Ergebnis führen würde.
2. Weil ich hoffe, dass der Wettbewerb unterschiedlicher Systeme in diesen Disziplinen hilft, sich dem Optimum zu nähern, so dass die Einsicht der jeweiligen Vertreter der unterschiedlichen Problemlösungsansätze zu deren Vereinheitlichung führt.

Zuerst brauchen wir die Vergemeinschaftung der Einsichten, gefolgt von der Vergemeinschaftung der Ansichten hinsichtlich der Problemlösungsnotwendigkeiten. Entscheidend ist, dass es von jetzt an allseits akzeptierte Richtlinien geben muss, deren Einhaltung kontrolliert und gegebenenfalls sanktioniert wird. Bezüglich des Gelingens habe ich jedoch Zweifel.

Die Finanzmarktregeln müssen separat von Euroregeln, aber möglichst zeitnah geändert werden. Die jetzt notwendigen Vertragsergänzungen bezüglich des Euro sollten Folgendes beinhalten.

Heute wissen wir, dass eine Reihe der Eurostaaten, die mit dem Euro verbundenen Vorteile zur Verfolgung innen- und handelspolitischer Ziele genutzt haben, ohne die mit der Gemeinschaftswährung verbundenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die diesem Handeln zu Grunde liegenden nationalen Egoismen sind nicht eurokompatibel. Deshalb die Euro-Zonen-Mitglieder zu einer verantwortlichen Finanz- und Haushaltspolitik zu verpflichten, ist richtig und notwendig. Das ist Voraussetzung für den Fortbestand des Euro. Die nationalen Haushalte sollen vor ihrer Verabschiedung von einer internationalen Kommission aus Fachleuten, die mehrheitlich nicht in Regierungsverantwortung stehen, geprüft und genehmigt und im Verlauf überwacht werden. Erwiesenermaßen reicht zur Disziplinierung die sich am Kapitalmarkt entwickelnde Zinsdifferenz als Drohung nicht aus. Zu vereinbarende Sanktionen müssen unbeeinflusst von Voten anderer automatisch greifen.

Im Unklaren ist noch, was sich hinter den Begriffen „Wirtschaftsregierung“ und dem angeblich inhaltsgleichen „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“ verbirgt. Zumindest sind es Begriffe die Angst machen. Was wir auf gar keinen Fall brauchen, sind Vorschriften, die Details regeln, wie z.B. die Vereinheitlichung oder Lenkung von Steuerregeln, Steuersätzen, der Sozialsysteme, dem Renteneintrittsalter, usw. Gebraucht werden verbindliche Vorgaben hinsichtlich der nationalen Haushalte, Grenzen für die Gesamtverschuldung und bei gegenwärtig höherer Verschuldung einen fest vereinbarten Rückführungsplan. Solange sich die einzelnen Staaten im vorgegebenen Rahmen bewegen, gibt es keinen Grund für weitergehende Vorschriften. Dort wo es jedoch noch Regeln oder Verhaltensnormen gibt, die nach empirischer und/oder wissenschaftlicher Erkenntnis kontraproduktiv wirken, wie z.B. die Lohnindexierung, müssen sie verboten werden. Die EURO-Länder müssen sich Spielregeln geben, die Einhaltung mit Hilfe automatischer Sanktionen durchsetzen und sich sonst aus der Innenpolitik, der einzelnen Länder heraushalten. Zusammengefasst, notwendig sind Vorgaben für den Haushalt, die Leistungsbilanz und die Verschuldungsgrenze.

Zielvorgaben ja, Wegbestimmung nein! Wir brauchen den Wettbewerb bei der Zielfindung. Die Grenzen des Primats der Politik müssen respektiert werden. Politik darf nur dürfen, was Politik auch leisten kann!

Der G20 Gipfel dieser Tage in Paris einigte sich auf Kriterien zur Messung der Ungleichgewichte zwischen Wirtschaftsnationen. Konsens entstand bezüglich folgender Indikatoren: staatliche Gesamtschuld, die staatliche Neuverschuldung, die private Sparrate, die private Verschuldung, die Außenhandelsbilanz einschließlich der Nettoinvestitionsströme unter Berücksichtigung der Wechselkurse sowie der Steuer- und Geldpolitik. (FAZ-21.2.11) Von der Gewichtung der einzelnen Indikatoren war nichts zu hören. Was soll jetzt daraus werden? Daraus kann Gutes und sehr Schlechtes entstehen. Richtig ist, Ungleichgewicht unter den Volkswirtschaften richtet Schaden an, richtig ist aber auch, dass das primär den betrifft, der ins Hintertreffen gerät. Wenn das gemessene Ungleichgewicht den negativ Betroffenen motiviert, das Ungleichgewicht zu beseitigen, ist das Positiv. Wenn nicht, sollten die Wähler, die Regierung austauschen. Parallel wird der Markt mit Hilfe seiner Folterinstrumente solche Länder irgendwie in die Spur bringen. Wenn aber z.B. im Euroraum eine Institution verpflichtet würde, eine Balance herzustellen, wäre das eine Katastrophe. Das festgestellte Ungleichgewicht kann nur Weckruf sein zur größeren Anstrengung und darf nicht Aufforderung für Bessere werden, langsamer zu werden, bis Zurückgebliebene wieder beim Gesamtfeld sind. Nach den Regeln des Marktes ist Ungleichgewicht Motor des Fortschritts. Das setzt voraus, dass Marktteilnehmer, Länder genau wie Unternehmen, durch ihr Drängen zur Spitze andere anspornen mitzuhalten oder selbst zur Spitze zu dängen. Die französische Regierung könnte das von den Teilnehmern der Tour de France lernen.

Dringend notwendig ist eine Insolvenzordnung für Staaten. So wie in der freien Wirtschaft müssen auch bei der Insolvenz eines Staates die Gläubiger Verluste tragen. „Wenn die Gläubiger die Risiken ihrer Kreditvergabe nicht selbst tragen müssen, ist das Anstiftung zum Leichtsinne“. (FAZ-21.2.11)

Damit wird Zweierlei erreicht:

1. Am Kapitalmarkt haben nur Staaten eine Chance, denen die Bedienung des Kredits bis zur Tilgung zugetraut wird. Es entsteht ein sehr starker Disziplinierungsdruck.
2. Im Insolvenzfall werden die Eurostaaten, soweit sie nicht selbst Gläubiger sind, eventuell nur mit einem über die Kapitalmarktverbindlichkeiten hinausgehenden Defizit befasst.

Jeder, der Geld verleiht, trägt Risiko. Wenn das endlich auch für Staatsschulden gilt, wird allein schon der Grad der Kreditwürdigkeit helfen, die Überschuldung zu bremsen.

Soweit die Überschuldung Folge eines fortlaufenden Außenhandelsdefizits ist, wird sie einerseits durch den Verlust an Kreditwürdigkeit und andererseits durch die hoffentlich bald noch zu vereinbarenden Verhaltensregeln für Euro-Länder gebremst. Gefährlich wird das, wenn der Außenhandelsdefizitabbau primär von reduzierten Importen getragen wird. Es wäre der Beweis für nicht ausreichende Wirtschaftskraft. Wenn das betroffene Land nicht selbst zu der allein zielführenden Verbesserung seiner Wettbewerbsfähigkeit findet, sollten ausnahmsweise, und nur zur Unterstützung, Weisungen möglich sein bis das Leistungsbilanzdefizit ausreichend begrenzt oder beseitigt ist. Alternativ bleibt nur der Ausschluss aus der Eurogemeinschaft. Wettbewerbsfähigkeit ist die Voraussetzung für Solvenz. Mangelhafte Wettbewerbsfähigkeit muss zukünftig auch bei Ländern zu Insolvenz führen.

Darüberhinaus müssen die Euroländer glaubhaft machen, dass zukünftig, nach dem Aufräumen der derzeitigen Krise, ein Land eher aus der Eurogemeinschaft ausgeschlossen wird, (dazu muss es ausschließbar werden) als dass ihm geholfen wird. Richtig genutzt ist das Ausscheiden des insolventen Staates seine Chance zur Gesundung. Das führt zur Abwertung des Geldvermögens der Bürger in den insolventen Staaten, die vorher durch die Haushaltspolitik ihres Staates Vorteile zu Lasten fremder Staaten und deren Bürger genossen haben. Wenn dies für die Bürger aller Staaten sichtbar wird, beeinflusst das Wähler und Regierungen.

Das Fälschen von Statistiken, das Verschleiern von die Kreditwürdigkeit beeinflussenden Fakten muss unter Strafe gestellt werden, so dass die EU vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die Sünder klagen kann, auch mit dem Ziel die verantwortlichen Personen für den Schaden haften zu lassen.

Im Rahmen aller zu beschließenden Maßnahmen muss sicher gestellt werden, dass es in Zukunft nicht mehr zu einer wechselseitigen Haftung für die Schulden anderer kommt. Diese Art von Solidarität führt schlussendlich alle bergab. Solidarität wird gebraucht bezüglich des zukünftigen Einhaltens der vereinbarten und noch zu vereinbarenden Regeln. Eine Fiskalunion ist auszuschließen. Eurobonds führen zur Gesamthaftung aller Eurostaaten für die Kreditverbindlichkeiten des jeweiligen einzelnen Staates aus dessen Kapitalmarktanspruchnahme mit Hilfe von Eurobonds. Deshalb sind sie strikt abzulehnen. Eurobonds verbilligen die Kreditaufnahme der Eurostaaten ohne AAA-Rating. Ich hoffe, dass keine Regierung eines Staates bereit ist, auch nach Wiedererreichen der Kreditwürdigkeit eines Krisenstaates für dessen Kredite weiterhin das Haftungsrisiko zu übernehmen. Ob die Refinanzierungskosten der AAA-Staaten auf Dauer günstig bleiben, ist zweifelhaft, weil eine sich ausdehnende Haftung negativ auf ihr Rating wirken wird. Im noch provisorischen Stabilitätsmechanismus haftet Deutschland bis jetzt aus den sogenannten ESM-Krediten (ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus) mit Rund 120 Milliarden Euro. Im Gespräch ist die Aufstockung auf 200 Milliarden Euro.

Laut Art. 122 AEU-Vertrag kann einem Staat geholfen werden, wenn er infolge von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht ist. Bestürzend ist, wie mit advokatischen Winkelzügen Paragraphen des Maastrichtvertrags umgangen wurden, und mit welcher Schamlosigkeit sie weiterhin manipuliert und verbogen werden sollen. Das Bundesfinanzministerium geht im Falle der Defizitfinanzierung durch Eurobonds von einer jährlichen Zinskostensteigerung für Deutschland in Höhe von derzeit ca. 17 Milliarden Euro aus.

Die EZB muss den Kauf von Bonds der Euroländer langsam auslaufen lassen und sie danach langsam wieder in dem Markt zurückbringen. Nach einem zu vereinbarenden Termin darf es im Depot der EZB keine am Markt aufgekauften Bonds mehr geben. Das kann aber nur die EZB auf Grund ihrer Autonomie selbst entscheiden. Die Euroländer müssen den Eindruck vermeiden, beeinflussen zu wollen. (Nicht zu verwechseln mit den gleichen Bonds, wenn sie von Kreditinstituten als Sicherheit bei der EZB hinterlegt werden.) Laut AEU-Vertrag, Art. 123 (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) ist der EZB der unmittelbare Erwerb von Schuldtiteln der Mitgliedsstaaten untersagt. Das Wort „unmittelbar“ sollte es ermöglichen solche Papiere als Sicherheit von Kreditinstituten für deren Verbindlichkeiten gegenüber der EZB anzunehmen. Die EZB hat die sinnvolle Auslegung von „unmittelbar“ eigenmächtig erweitert und die Papiere notleidender Staaten am Markt aufgenommen, also nicht unmittelbar vom Emittenten.

An diesem Vorgang wird auf schreckliche Weise deutlich, wie sehr der uns Deutschen so wichtige Geist unserer Bundesbank in der EZB bereits verweht ist. In dem Zusammenhang ist auch die Personalie Axel Weber zu sehen. Er sagt, er geht, weil er im Gremium keinen Rückhalt mehr hat, er sei mehr oder weniger isoliert. Sein Nachfolger hat beratend und beeinflussend das mitgestaltet, was aus meiner Sicht zu beanstanden ist.

Das größte Risiko für die Zukunft ist Inflation. Bei Inflation verliert in EURO angelegtes Vermögen der Bürger, Institutionen und Unternehmen sukzessive an Wert. Parallel werden dadurch auch die Schulden gemindert, auch die Gläubiger verlieren. Nur die Schuldner sind im Vorteil. Wenn erkennbar wird, dass die EZB Inflation zulässt oder nicht in den Griff bekommt, sollte Deutschland aus dem Euro aussteigen.

Der Euro besteht nicht um seiner selbst willen. Der Euro soll einem Zweck dienen, wenn er das nicht (mehr) kann, sogar Gesunde krank macht, wird es sinnlos, ihn zu verteidigen. Ersparnis der Bürger muss auch in Zukunft sicher sein und darf nicht von Inflation entwertet werden. Der Zins sollte Steuer und Inflation mindestens ausgleichen. Es sollte diskutiert werden, ob, um der Gerechtigkeit willen, der Basiszins der EZB nicht grundsätzlich die Inflationsrate ausgleichen soll oder, noch besser immer über der Inflationsrate liegen soll, denn andernfalls fließt konstant Substanz aus den Taschen der Gläubiger in die Taschen der Schuldner, messbar durch den Vergleich der Kaufkraft am Tag der Emission mit der Kaufkraft am Tag der Tilgung.

Hinsichtlich eines möglichen Scheiterns des Euro werden aus deutscher Sicht wahre Schreckensszenarien diskutiert und beschrieben. Das Problem wird gesehen in der zwangsläufig damit verbundenen Aufwertung einer isolierten neuen deutschen Währung. Noch nicht gelesen oder gehört habe ich von den Vorteilen, die das bringen würde.

1. Die Kaufkraft des Barvermögens, der Ersparnisse, würde steigen.
2. Verbindlichkeiten in Fremdwährungen würden gemindert.
3. Die importierten Rohstoffe, Halbzeuge, Fertigprodukte und Leistungen würden billiger, was in vielen Fällen auch Exportpreise von deutschen Produkten über den Aufwertungssatz hinaus verbilligen kann.
4. Übernahmen von und Beteiligungen bei ausländischen Unternehmen können billiger werden. Aus dem Fremdwährungsraum würde die Beteiligung an und die Übernahme deutscher Unternehmen entsprechend teurer.
5. Inflation in Deutschland wäre sehr unwahrscheinlich. U.A. würde Folgendes billiger: Benzin, Heizöl, Auslandsreisen, Urlaub, importierte Kraftfahrzeuge, auch im Ausland gefertigte deutsche Marken usw.

Wo Licht ist, gibt es auch Schatten, es wird Gewinner und Verlierer geben, wenn es zu einem solchen Umbruch kommt, z.B. können eventuell in Deutschland für den Binnenmarkt produzierte Waren billiger importiert werden. Das kann Arbeitsplätze kosten. Andererseits können Produkte, Maschinen usw., in denen ein hoher Anteil an importierten Rohstoffen, Halbzeugen usw. verbaut ist, oft erfolgreicher, weil billiger, exportiert werden, was Arbeitsplätze schafft. Das ist kein Plädoyer für einen Ausstieg, sondern der Versuch die Angst zu nehmen vor einem möglicherweise irgendwann notwendigen Schritt. Es muss eine für alle erkennbare Grenze geben, an der Deutschland ohne Euro weiter geht. Wenn diese Grenze erkennbar ist, stärkt das deutsche Verhandlungspositionen.

Bei Ländern, die krank sind und solche, die sich noch in der Inkubationszeit befinden, gehe ich nicht davon aus, dass sie ohne weitere Hilfsmaßnahmen ihre Schulden tilgen können. Sie hätten die Wahl zwischen drastischen Steuerhöhungen oder/und einer gewaltigen Steigerung ihrer Wirtschaftsleistung.

Zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung in erforderlicher Größenordnung fehlt es an Innovationskraft und mit einer Steuerhöhung wird vorhandene Wirtschaftsleistung zusätzlich gedämpft. Es hilft nicht, vor dieser Situation die Augen zu verschließen. Bei Griechenland verdichten sich schon die Anzeichen für eine notwendige Umschuldung.

Es sollte weiterhin diskutiert werden, ob für die Altverbindlichkeiten dieser Staaten eine Nullzinsregelung oder zumindest eine deutliche Reduzierung des Zinssatzes beschlossen werden sollte. Am Markt würde sich die Bewertung der Bonds ändern, sie könnten weit unter dem Nominalwert zurückgekauft werden. Sollte die Zinsänderung aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, sollte für die Zukunft diese Möglichkeit geschaffen werden. Wahrscheinlich ist in Verhandlungen mit Gläubigern Vergleichbares erreichbar. Einerseits würde den Gläubigern sichtbar, dass Risikozinsen tatsächlich etwas mit Risiko zu tun haben, andererseits würden dadurch die Verbindlichkeiten so stark entwertet, dass kurzfristig eine weitgehende Tilgung mit Hilfe neuer Kredite zur Gesundung des Staates führen könnte. Verlierer wären die Kassierer der Risikozuschläge.

Was bis heute an zukünftiger Politik sichtbar ist, ist oft das Gegenteil des Notwendigen. Z.B. jetzt schon eine Haftungsverlängerung über drei Jahre hinaus, zu beschließen. Das Schlimmste wären aber Hilfsversprechen für zukünftige Fehler. Wenn solches zur Eurorettung geschähe, wäre der Euro nicht mehr zu retten.

Ich wünsche allen Beteiligten die Erleuchtung, dass die Probleme nur im ordnungspolitischen Rahmen gelöst werden können.

Viele befürchten die EU solle deutschlandähnlicher werden. Wäre das so schlimm, wenn sie ähnlich erfolgreich würden? Müssen wir nicht fürchten Deutschland könnte EU-ähnlicher werden? Oder ist das bereits geschehen? Ein Verschnitt aus der Summe aller politischen Fehler der Euroländer, der dann politischer Kompromiss genannt würde, den darf es nicht geben. Alle müssen es machen, wie in der Schulzeit, abgeschrieben wir beim Besten des Fachs, so einfach kann gute Politik sein.

Ich befürchte, dass alles anders kommt, als ich es für richtig halte. Wenn politisch entschieden wird, warum ist das fast nie konsensfähig mit Ordnungspolitik und Ökonomie?

Zum Schluss wiederhole ich den letzten Satz aus meinen Notizen vom Mai 1999: Das schwierigste Problem im Euroraum ist der Dissens bezüglich des absolut notwendigen ordnungspolitischen Rahmens für das eigene politische Entscheiden.